

## Raus aus dem Käfig

Kurzfristig kann das neoliberale Kartell in der EU nur durch Beteiligung einer linken Partei an einer Regierung aufgebrochen werden.

### Von Oskar Lafontaine

*Am Freitag Abend (19.2.) fand in Madrid die Auftaktveranstaltung zur zweiten Konferenz über den „Plan B“ statt. Unter dieser Bezeichnung hatten linke Politiker aus mehreren EU-Ländern am 12. September 2015 in Paris eine Initiative zur Bewältigung der Euro-Krise vorgestellt. Schon zuvor, am 23. Januar, hatten sich dazu, ebenfalls in der französischen Hauptstadt, Wissenschaftler, Publizisten und Politiker getroffen. Wir dokumentieren das Manuskript der Rede Oskar Lafontaines, die er in Madrid halten wollte – er konnte den Termin wegen einer Erkrankung nicht wahrnehmen.*

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen, ich bedanke mich für die Einladung zu dieser Konferenz. Ich soll über das Projekt eines „Plan B“ für Europa sprechen. Das will ich gerne tun.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Traum von einem vereinten Europa, den Victor Hugo auf der Pariser Friedenskonferenz am 21. August 1849 geboren hat, wieder lebendig. Die Menschen wollten endlich Frieden, sie wollten Demokratie, Wohlstand und soziale Sicherheit.

Das heutige Europa ist nicht das Europa Victor Hugos, sondern das Europa, das der Säulenheilige des Neoliberalismus, Friedrich August von Hayek, entworfen hat. Internationale Verträge, so seine Idee, sollten sicherstellen, dass das Wirken der Marktkräfte nicht durch demokratische Entscheidungen behindert werden könne.

Das ist der Geist, der die europäischen Verträge und die transatlantischen Verträge wie TTIP bestimmt. Es ist derselbe Geist, der schon die Gründerväter der Vereinigten

Staaten leitete: „The primary funktion of Government is to protect the minority of the opulent from the majority of the poor.“ „Die vorrangige Funktion einer Regierung ist es, die Minderheit der Reichen vor der Mehrheit der Armen zu schützen“, sagte James Madison, einer der Gründerväter der amerikanischen Verfassung.

Mit dem heutigen Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, der aus dem Großherzogtum Luxemburg eine Steueroase machte, um das Geld der Reichen vor dem Zugriff der Armen zu schützen, hat dieser Geist des Neoliberalismus seinen würdigen Repräsentanten gefunden. Unfreiwillig meldete Juncker den Vollzug der Hayekschen Idee: „Es kann keine demokratische Wahl gegen die europäischen Verträge geben.“

## **Demokratie und Sozialstaat**

Folgerichtig steht die heutige EU für den Abbau von Demokratie und Sozialstaat. Das Land, in dem sich das am deutlichsten zeigt, ist Griechenland. Aber der Abbau von Sozialstaat und Demokratie ist ein Problem aller europäischen Länder, auch ein Problem Deutschlands, das mittlerweile den größten europäischen Niedriglohnsektor und die schlechteste Rentenformel hat. Erinnern wir uns noch einmal an den griechischen Staatsmann Perikles: „Der Name, mit dem wir unsere politische Ordnung bezeichnen, heißt Demokratie, weil die Angelegenheiten nicht im Interesse weniger, sondern der Mehrheit gehandhabt werden“. Kurz: Eine Gesellschaft ist dann demokratisch, wenn sich in ihr die Interessen der Mehrheit durchsetzen. Davon kann in keinem europäischen Land die Rede sein.

Gegen den Abbau von Demokratie und Sozialstaat setzen sich die Bürgerinnen und Bürger Europas immer stärker zur Wehr. Bei Wahlen suchen die einen ihr Heil bei den Rechten, die die Rückkehr zum Nationalismus und zur Abwehr von Fremden wieder den Rassismus predigen. Die anderen setzen auf das Erstarke einer Linken, die auf die Wiederherstellung von Demokratie und Sozialstaat und auf internationale Zusammenarbeit setzt. Große Hoffnungen wurden und werden in Europa nach ihren Wahlerfolgen auf *Syriza* und *Podemos* gesetzt. *Syriza* wurde von den Neoliberalen in die Knie gezwungen. Das war eine Niederlage für die gesamte europäische Linke, und es ist daher ihre Aufgabe ein Projekt zu entwickeln, das das erneute Scheitern linker

Parteien in Regierungen – jetzt in Portugal oder demnächst vielleicht auch in Spanien – verhindert. Das ist der „Plan B“, über den schon zweimal in Paris verhandelt wurde.

Es gibt viele Argumente gegen eine Beteiligung einer linken Partei an einer Regierung. Das parlamentarische System wurde, wie schon gesagt, von den Gründervätern der USA beispielsweise entwickelt, um die Reichen vor den Armen zu schützen. Die Krakenarme dieses Systems haben aus den ehemaligen Arbeiterparteien Europas, angefangen bei Blair über Schröder oder González bis zu Hollande brave Jünger des Neoliberalismus gemacht. Wenn man aber den Weg der Regierungsbeteiligung geht, wie *Syriza* in Griechenland, *Blocko* und *CDU* in Portugal, oder *Podemos* und linke Parteien vielleicht in Spanien, muss man nach einem Ausweg aus dem neoliberalen europäischen Käfig suchen. Das Warten darauf, dass die Linke im Europäischen Rat oder in der europäischen Kommission oder im europäischen Parlament eine Mehrheit bekommt, ist ein Warten auf Godot. Der Plan von Gianis Varoufakis, mit der neuen Basisbewegung *DIEM 25*, das europäische Staatenbündnis demokratischer und transparenter zu machen, ist ehrenvoll und man kann ihm nur Erfolg wünschen.

### **Kontrolle der Zentralbanken**

Kurzfristig kann aber nur über eine Regierungsbeteiligung das neoliberale Kartell aufgebrochen werden und nur dann, wenn man den Hebel an der richtigen Stelle ansetzt.

Eine entscheidende Verbesserung des sozialen Lebens und der wirtschaftlichen Entwicklung kann erreicht werden, wenn eine linke Regierung wieder die Kontrolle über ihre Zentralbank bekommt und diese Zentralbank dann macht, wofür die Zentralbanken einst gegründet wurden, nämlich Staatsaufgaben und öffentliche Investitionen zu finanzieren.

Eine größere Wirkung hätte es zwar, wenn die EZB die monatlich 60 Milliarden Euro, mit denen sie derzeit Anleihen von den Ländern kauft, dafür verwenden würde, Infrastrukturprojekte in Europa zu finanzieren. Aber es ist wohl mehr als naiv, darauf zu setzen, dass der ehemalige Investmentbanker Draghi in Absprache mit den EU-Finanzministern einen solchen Kurswechsel in die Wege leitet.

Was viele nicht wissen: Es gibt das Europäische Währungssystem EWS immer noch, das eine weitgehende Kontrolle über die Zentralbank und Wechselkursänderungen zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit ermöglicht. Dänemark ist immer noch in diesem System, und Dänemark geht es bekanntlich relativ gut.

Als die europäischen Finanzminister Griechenland aus dem Euro drängen wollten, wäre die Gelegenheit dagewesen, Griechenland und anderen Staaten wie Portugal oder Spanien den Weg aus dem starren Euro-System in das flexible EWS wieder zu öffnen. Das EWS ist nach wie vor ein europäischer Währungsverbund, aber in ihm, wäre es wieder möglich, demokratische Entscheidungen gegen die europäische Austeritätspolitik zu treffen und eine Politik für mehr Beschäftigung und größere soziale Gerechtigkeit dann auch wirklich zu machen.

Ich komme zum Schluss: Es gibt für die europäischen Staaten keinen einfachen Königsweg aus dem neoliberalen Käfig. Aber einen Plan B brauchen wir, und jeder Versuch, sich aus dem Käfig zu befreien, ist besser, als im Käfig zu verweilen, Resolutionen zu verabschieden und Jahr um Jahr den Abbau von Demokratie und Sozialstaat und die zunehmende soziale Ungleichheit zu bejammern.